TOP	Erstellung eines Starkregenvorsorgekonzeptes für die Ortsgemeinde Ettringen
------------	--

Verfasser:	
Bearbeiter: Matthias Steffens	
Fachbereich: Fachbereich 4	
Datum:	Aktenzeichen:
17.03.2021	5 661-21
Telefon-Nr.:	
02651/8009-42	

Gremium	Status	Termin	Beschlussart
Ortsgemeinderat	öffentlich	21.04.2021	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Im Zuge der geplanten Ausweisung der oberhalb der Hochsimmerstraße rechts und links gelegenen zwei große Neubaubereiche „In der Trift“ hat die SGD Nord in ihrer Stellungnahme der SGD Nord vom 12.10.2020 im Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange empfohlen ein Starkregenvorsorgekonzept für die gesamte Ortslage zu erstellen um für die Zukunft Aussagen zu evtl. notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert diese Konzepte mit einer Landeszuweisung von 90 %.

Gemeinsam mit der SGD Nord und dem Informations- und Beratungszentrum Hochwasservorsorge Rheinland-Pfalz (IBH) hat die Verwaltung als Grundlage für die Erstellung eines Förderantrages eine Aufgabenbeschreibung für die Einholung von Honorarangeboten bei mindestens 3 Ing.Büros erstellt.

Diese wurde im Rahmen einer Videokonferenz am 16.03.2021 mit Ortsbürgermeister Spitzley und allen Beteiligten abgestimmt.

Dabei wurde von Frau Dr. Manthe-Romberg zusätzlich eine Präsentation zur Thematik vorgestellt.

Sowohl die Präsentation als auch die Aufgabenbeschreibung sind als Anhänge zur tiefergehenden Information beigelegt.

Das weitere Verfahren gestaltet sich derart, dass die Verbandsgemeinde als Antragstellerin im Aussenverhältnis fungiert, die Abwicklung jedoch über den Ortsgemeindehaushalt erfolgt.

Ebenso fließt die Landesförderung an die Ortsgemeinde.

Sobald die Honorarangebote vorliegen, wird dann mit der Kostensumme des wirtschaftlichsten Angebotes der Förderantrag gestellt.

Gleichzeitig wird die Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn beantragt.

Sobald diese Zustimmung vorliegt, kann die Auftragsvergabe förderunschädlich durch den Ortsgemeinderat beschlossen werden.

Für das Konzept wird ein Zeitraum von rd. 9 Monaten vorgesehen.

Insbesondere wird großen Wert auf die Bürgerbeteiligung gelegt, weil der **primäre Schutz vor Starkregen nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) beim privaten Grundstückseigentümer liegt**, auch wenn Kommune und Bürger gemeinsam die Aufgabe meistern sollen.

Auszug § 5 Abs. WHG

Wer muss sich um Hochwasservorsorge kümmern?

„In Deutschland ist **jede Person, die durch Hochwasser betroffen** sein kann, im Rahmen des ihr Möglichen und Zumutbaren verpflichtet, **selbst geeignete Vorsorgemaßnahmen** zum Schutz vor nachteiligen Hochwasserfolgen und zur Schadensminderung zu treffen“ (§ 5 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes).

Erst wenn Maßnahmen zum Schutz der Allgemeinheit gegen Hochwasser erforderlich werden, besteht ein **überwiegendes öffentliches Interesse** am Hochwasserschutz. Dieses öffentliche Interesse liegt dann vor, wenn durch Überschwemmungen die Gesundheit der Bevölkerung bedroht ist oder häufiger Sachschäden in außerordentlichem Maße bei einer größeren Zahl von Betroffenen eintreten.

Hochwasserschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Betroffenen, Kommunen und Staat!

Weitere Infos werden durch die Verwaltung in der Sitzung gegeben.

Der Ortsgemeinderat wird um Kenntnisnahme und Zustimmung zur Vorgehensweise gebeten.